

Hessischer Landkreistag
Kommunales Beratungszentrum Hessen
Fachforum am 19. Mai 2022

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT IM KREIS GROSS-GERAU



IKZ im Kreis Groß-Gerau -
Digitalisierung und mehr ...

WAS JETZT FOLGT ...

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013 – Digitalisierung und mehr ...

1. Das Ziel
2. Der Weg

B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

1. Beispiel: E-Government
2. Beispiel: Einführung der elektronischen Rechnung und des elektronischen Rechnungsworkflows
3. Beispiel: Einführung der eAkte / DMS

C) Ausblick



A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

Der Kreis Groß-Gerau:

14 Städte und Gemeinden



| EW-Zahl | Zahl der Kommunen |
|-----------------|-------------------|
| 5.000 – 7.000 | 2 |
| 10.000 - 15.000 | 5 |
| 15.001 – 17.000 | 3 |
| 22.000 – 25.000 | 2 |
| 34.000 | 1 |
| 63.000 | 1 |

EW gesamt: rd. 276.000

Fläche: 453,04 km²

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

1. Das Ziel

Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der 15 Kreiskommunen (14 Städte und Gemeinden + Kreis) bei Erfüllung ihrer Aufgaben

Die Idee: nicht nur Bearbeitung einzelner IKZ-Projekte, sondern Start eines zentral gesteuerten, ebenenübergreifenden (d.h. die Gemeinde- und Kreisebene umfassenden) und langfristig angelegten flächendeckenden IKZ-Prozesses



Schaffung förderlicher Voraussetzungen für das Entstehen und Gelingen von IKZ:

- **Systematischen Überblick** über gelungene Beispiele der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau herbeiführen
- **Erfolgsfaktoren** für Zustandekommen und dauerhaftes Funktionieren interkommunaler Zusammenarbeit analysieren und aufzeigen
- **Wissensmanagement** zum Thema „IKZ“ aufbauen
- **Plattform für Interessenbekundungen** schaffen bzgl. ...
 - ▶ Kooperationswille für bestimmte Aufgaben
 - ▶ Beteiligung an strukturiertem Info-Austausch in „Arbeitsgruppe IKZ“
- **Anstoß und Starthilfe für neue Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit**



A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

2. Der Weg

a) Kreisweite IKZ-Bestandsaufnahme 2013

Entwicklungsstand interkommunaler Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

Bestandsaufnahme bei den Städten und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und dem Kreis Groß-Gerau (Stand: Juni 2013)

Die folgenden Übersichten sind das Ergebnis einer Bestandsaufnahme zur interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau. Die Bestandsaufnahme wurde von der untenstehenden Bearbeiterin im Zeitraum von Februar bis Mai 2013 durchgeführt. Die hierfür notwendige Datenerhebung bei den 14 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie beim Kreis Groß-Gerau hat mit Hilfe eines schriftlichen Fragebogens stattgefunden, der als Anlage 1 (Städte und Gemeinden) und Anlage 2 (Kreis) beiliegt. Die schriftliche Befragung wurde im Februar und März 2013 durch Gesprächstermine mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden, dem zuständigen Dezernenten des Kreises und mit weiteren Gesprächspartnern in den Verwaltungen vor Ort begleitet. Der Rücklauf der Antwortbögen war am 29.5.2013 abgeschlossen. Die Auswertung der Antworten erfolgte im Juni 2013. Der Entwicklungsstand interkommunaler Zusammenarbeit auf der Basis dieser Antworten ist in den folgenden Übersichten dargestellt. Die nachstehende Legende enthält einige notwendige Erläuterungen zum Verständnis der Abbildungen.

Erläuterung zu den folgenden Übersichten:

schwarz = Kooperation existent
 blau = Zustandekommen der Kooperation voraussichtlich bis Ende 2013 (fortgeschrittener Stand der Vorbereitungen)
 grün = in den letzten 10 Jahren Überlegungen bzgl. einer Kooperation, ggf. Prüfung, jedoch Kooperation nicht zustande gekommen
 ⊗ (unterstrichenes Symbol) = federführende Kommune bzw. Kommune führt Leistung für andere Kommune(n) in deren Auftrag durch

Für Fragen oder Hinweise zur vorliegenden Ausarbeitung steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Marion Götz / Fachbereichsleiterin Zentrale Dienste und Finanzen
 Stadt Raunheim / Tel. 06142 / 402-216 / m.goetz@raunheim.de

Raunheim, den 30.6.2013

3

Zentrale Angelegenheiten

| Kooperationsfeld | Rü | Ra | Ke | A | B | C | D | E | F | G | H | I | J | K | L |
|---------------------------|----|----|----|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Postverbund | ■ | | | | | ■ | | | | | | | | | |
| Rechtsamt | □ | | | | | | | | | | | | | | |
| Beschaffungen | ⊕ | ⊕ | ⊕ | | | | | | | | | | | ● | ● |
| amtliche Bekanntmachungen | | | | | | | | | | | | | | | |

- = Postverbund (Dienstleistungsvertrag Mörfelden-Walldorf und Rüsselsheim mit Tochterfirma der Deutschen Post AG - seit 2012)
- = Rechtsberatung durch Rechtsamt Rüsselsheim für KAG Flughafen
- ⊕ = gemeinsame Beschaffungen in der Verwaltung und in den Betriebshöfen (Arbeitsgruppen „Verwaltung“ und „Betriebshöfe“ Raunheim, Rüsselsheim, Kelsterbach)
- = gemeinsames amtliches Bekanntmachungsorgan Biebesheim und Stockstadt mit Verlag (Vertrag)

Informations- und Kommunikationstechnologie

| Kooperationsfeld | Rü | Ra | Ke | A | B | C | D | E | F | G | H | I | J | K | L |
|---------------------------------------|----|----|----|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| DV-Leistungen für Kommunen | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● | ● |
| Softwareschulungen für Systemsoftware | ■ | | | ■ | ■ | ■ | | ■ | | | | | | | |
| Prüfung von EDV-Software | □ | | | | | | | | | | | | | | |
| IT-Projekte | + | + | + | + | + | + | + | + | + | + | + | + | + | + | + |

- = ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (Körperschaft des öffentlichen Rechts - u.a. alle Städte und Gemeinden des Kreises und Kreis Groß-Gerau)
- = gemeinsame Softwareschulungen für Systemsoftware der Systemadministratoren (Arbeitsgruppe kommunaler EDV-Verantwortlicher in den Kreisen Groß-Gerau und Offenbach, z.Zt. Bischofsheim, Büttelborn, Girsheim-Gustavsburg, Mörfelden-Walldorf, Rüsselsheim und weitere Städte aus Kreis Offenbach)
- = Prüfung finanzrelevanter EDV-Programme durch Revisionsamt der Stadt Frankfurt/Main für Rüsselsheim gegen Entgelt (2012)
- + = IT-Projekte (Arbeitskreis DV des Kreises und der DV-Beauftragten der Kommunen - z.B. Idee des Aufbaus eines gemeinsamen Netzwerks seit 2002, 2004 nicht weiterverfolgt)

Analyse für alle kommunalen Aufgabenfelder

Zentrale Angelegenheiten

Informationstechnologie

Personalmanagement

Finanzmanagement, Kasse

Sicherheit und Ordnung

Brandschutz

Soziales, Kinder, Jugend, Familie, Schule

Kultur- und Vereinsmanagement

Sport, Freizeit, Erholung

Räumliche Planung und Entwicklung,

Bauverwaltung, Wohnen

Ver- und Entsorgung, Energie

Bauhof

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Naturschutz und Landschaftspflege,

Umweltschutz

Wirtschaft und Tourismus

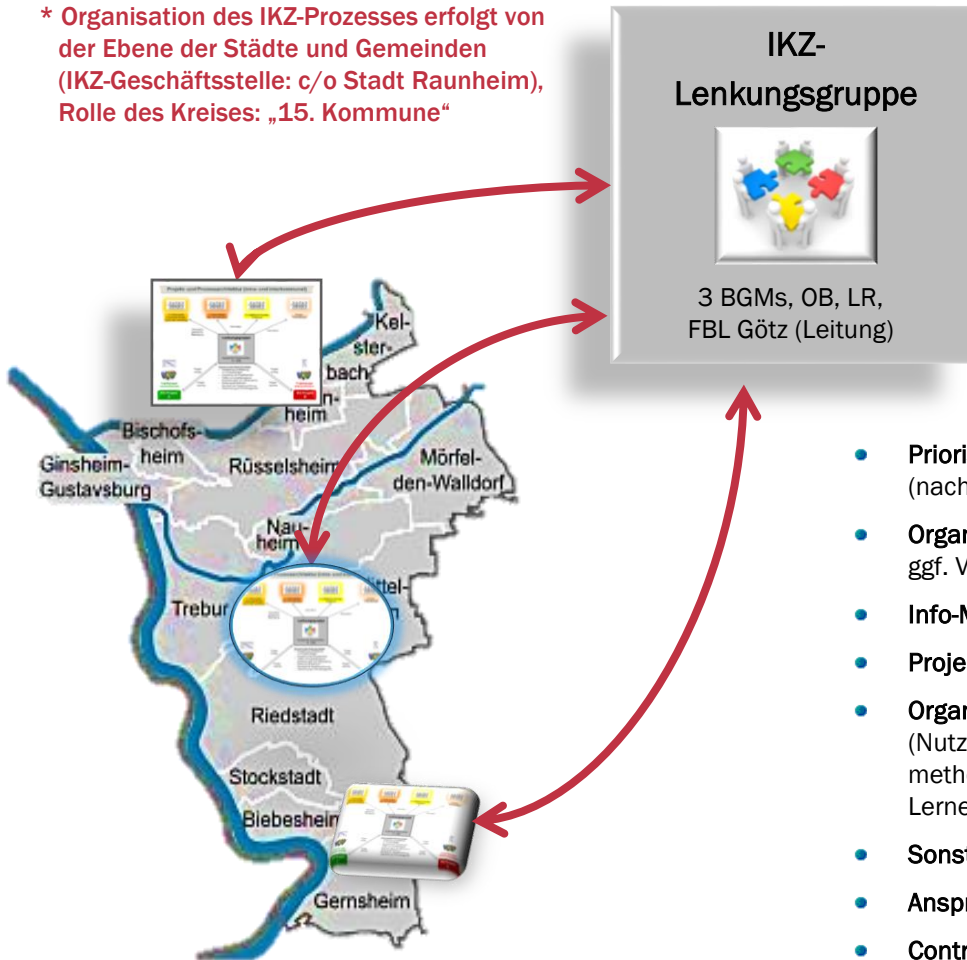
Interessenbekundungen – sortiert nach Zahl der Nennungen

| Kooperationsfeld | Interessenbekundungen von ... Kommunen |
|--|---|
| Personalmanagement | 12 |
| Zentrale Angelegenheiten (v.a. Beschaffungswesen, Gebäudemanagement) | 11 |
| Ver- und Entsorgung, Energie | 8 |
| Bauhof | 8 |
| Informations- und Kommunikations- technologie / Digitalisierung | 8 |
| Sicherheit und Ordnung | 7 |
| Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz | 7 |
| Kultur- und Vereinsmanagement | 7 |
| Räumliche Planung und Entwicklung, Bauverwaltung, Wohnen | 7 |
| Finanzmanagement, Kasse | 7 |
| Soziale Leistungen, Kinder, Jugend, Familie, Schule | 6 |
| Sport, Freizeit, Erholung | 6 |
| Naturschutz und Landschaftspflege, Umweltschutz | 4 |

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

c) Zentrale Steuerung des Prozesses eingerichtet*

* Organisation des IKZ-Prozesses erfolgt von der Ebene der Städte und Gemeinden (IKZ-Geschäftsstelle: c/o Stadt Raunheim), Rolle des Kreises: „15. Kommune“



Aufgaben der Lenkungsgruppe

- kreisweite „Klammer“-Funktion für das IKZ-Geschehen
 - Begleitung / Unterstützung / Steuerung
-
- **Priorisierung und Initiierung von Einzelprojekten** (nach Abstimmung mit jeweils betroffenen Bürgermeistern vor Ort)
 - **Organisation von Unterstützung für Einzelprojekte** (methodisch, fachlich, ggf. Vermittlung bei drohendem Scheitern), soweit vor Ort Bedarf
 - **Info-Management in der Bürgermeister-Dienstversammlung**
 - **Projektsteuerung** (Entscheidung über Meilensteine usw.)
 - **Organisation von Wissensmanagement im Gesamtprozess** (Nutzbarmachung der Erfahrungen aus Einzelprojekten – fachlich, methodisch, Fördermittel usw. – für alle Kommunen, gemeinsames Lernen aus Erfolgen/Misserfolgen, Fortbildung Projektmanagement usw.)
 - **Sonstige Lenkungsarbeiten** (z.B. Standards und Strukturen)
 - **Ansprechpartner für den Gesamtprozess**
 - **Controlling/Evaluation des Gesamtprozesses**

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

d) Einheitliche Arbeitsstandards festgelegt

Standards des Projektmanagements

1.) Projektziele

2.) Zu erarbeitende Ergebnisse

3.) Projektstart und -ende

4.) Projektkosten

5.) Projektleitung

6.) Projektgruppe

7.) Informationsmanagement

Projektauftrag



Projektauftrag
Prüfung einer interkommunalen Kooperation
im Beschaffungswesen

Einleitung

Die Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich in einem gemeinschaftlichen Prozess auf den Weg gemacht, ihre interkommunale Zusammenarbeit nachhaltig auszubauen. Nach einer flächendeckenden Bestandsaufnahme und einem kreisweiten Interessensbündelungsverfahren zu den möglichen Handlungsfeldern interkommunaler Kooperationen im Kreisgebiet haben sie exemplarisch zunächst fünf Aufgabenfelder ausgewählt, für die im Jahr 2014 konkrete Pilotprojekte starten. Nach Abschluss dieser Pilot-Projekte werden systematische Untersuchungen auf weiteren Aufgabenfeldern folgen. Der vorliegende Projektauftrag beschreibt Ziele und Inhalt des interkommunalen Pilotprojekts auf dem Gebiet des Beschaffungswesens.

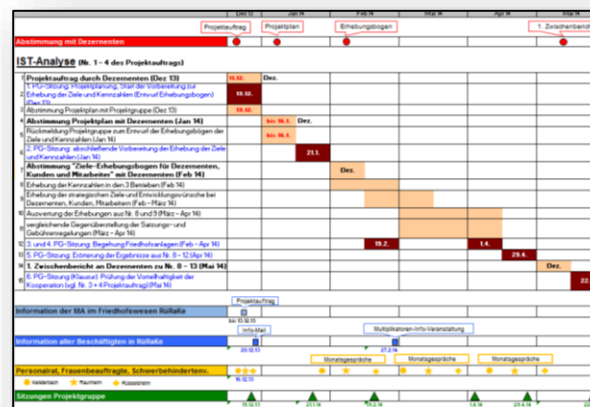
Projektziele

- leistungsfähige und wirtschaftliche Organisation des Beschaffungswesens in den projektbeteiligten Kommunen
- dienstleistungsorientierter Service in allen Belangen des Beschaffungswesens für die beteiligten Kommunen
- mitarbeiterorientierte Arbeitsgestaltung unter Berücksichtigung der o.g. Ziele, z.B. flexibilisierte Arbeitszeitmodelle, erweiterte Möglichkeiten der Spezialisierung, Fortbildung und Personalentwicklung
- Beachtung des Aspektes der örtlichen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung

Zu erarbeitende Ergebnisse

1. **Projektplan** (Arbeitspakete, Projekt-Meilensteine, Termin- und Ressourcenplanung)
2. **IST-Analyse:**
 - a) Vergleichende Gegenüberstellung der aktuellen Organisation des Beschaffungswesens in den projektbeteiligten Kommunen (s.a. Aufbau- und Ablauforganisation, Ressourceneinsatz, örtliche Besonderheiten)
 - b) Erhebung der Bedarfslage vor Ort betr. Organisation des Beschaffungswesens (z.B. bereits bekannte Handlungsbedarfe "Kurz- und mittelfristige Zielsetzungen")
 - c) Einbeziehung von bereits bekannten Beschaffungskooperationen in die Bestandsaufnahme
3. **Prüfung der Vorteilhaftigkeit folgender Kooperationsmöglichkeiten** der Kommunen im Beschaffungswesen:
 - Variante A) Bildung von Beschaffungsgemeinschaften (gemeinsame Durchführung von Beschaffungen zur Erzielung von Mengeneffekten)
 - Variante B) Bildung einer zentralen Stelle als Interkommunales Kompetenzzentrum für Vergabewesen, das sowohl Beschaffungen im Auftrag von Kommunen durchführen kann als auch diesen mit Rat und Tat bei eigenen Beschaffungen zur Seite steht

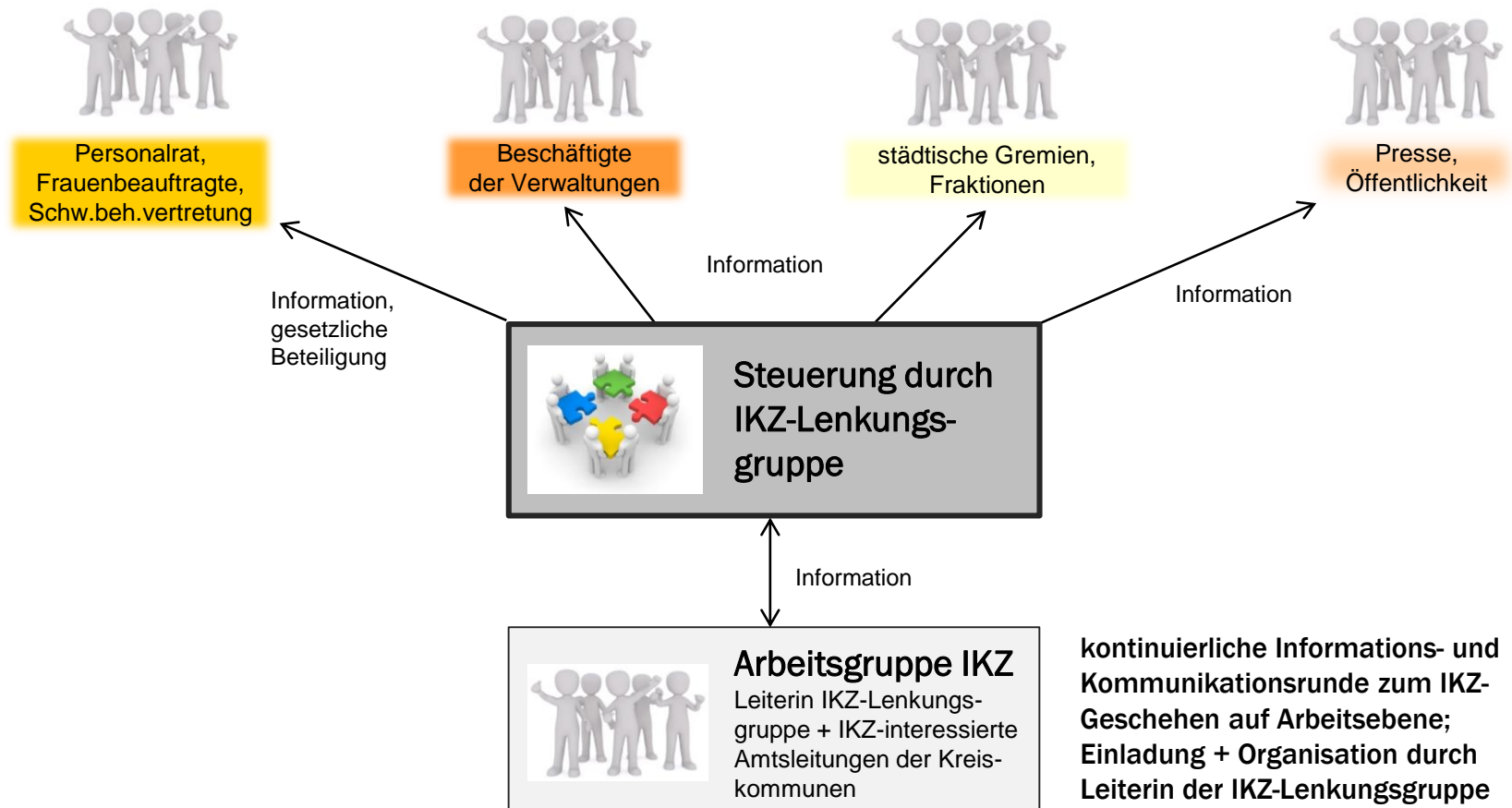
Projektablaufplan



A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

e) Kontinuierliches Informationsmanagement organisiert

vom IKZ-Start 2013 an regelmäßige und einheitliche, mit allen projektbeteiligten Kommunen zeitlich und inhaltlich abgestimmte Kommunikation der Projektinhalte und -ergebnisse vor Ort



A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013



2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022



Abgeschlossene IKZ-Projekte und *derzeit in Bearbeitung*

- ✓ Strom- und Gaseinkauf
- ✓ Prüfung elektrischer Anlagen
- ✓ Streusalzmanagement
- ✓ Standesamtswesen
- ✓ Beschaffungsgemeinschaft Papier + Büromaterial
- ✓ Kommunales Vergabezentrum
- ✓ E-Government
- ✓ Klärschlammverwertung
- ✓ Einführung elektronischer Rechnungsworkflow / E-Rechnung
- ✓ Elektromobilität
- ✓ Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes
- ✓ Landschaftspflege
- *Einführung der E-Akte/DMS*
- *Aufbau eines Fördermittelmanagements*
- *Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung*



u.a.m.

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

Kreisweite IKZ-Projekte – Aufgabenbereich DIGITALISIERUNG



E-Government-Stammgruppe

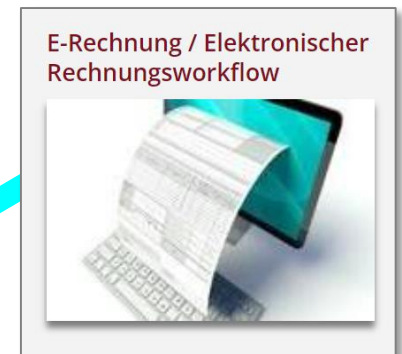
Digitale
Verwaltung

0ZG

IKZ Interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

IKZ-Projektgruppen und Arbeitsgruppen

| | | | |
|--|---|--|-----------------------------------|
| E-Government | Strom- und Gaseinkauf | Vergabezentrum | E-Mobilität |
| Streusalzmanagement | Bezügeabrechnung | Klärschlammstoffsorgung | Aktivierung von Wohnraumpotenzial |
| Standesamtwesen | Prüfung elektrischer Anlagen | E-Rechnung / Elektronischer Rechnungsworkflow | Prüfung ProStSchG |
| Landschaftspflege | Überwachung Spielapparate, Gaststättenrecht, Abrechnung Spielapparatesteuer | Einführung e-Akte/DMS | Modulare Kita-Bauweise |
| Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung | Fördermittelmanagement | In Vorbereitung: - IKZ-Projekt Klimaschutz - Verwaltungsbehördenbezirk Überwachung Gaststättenrecht | |

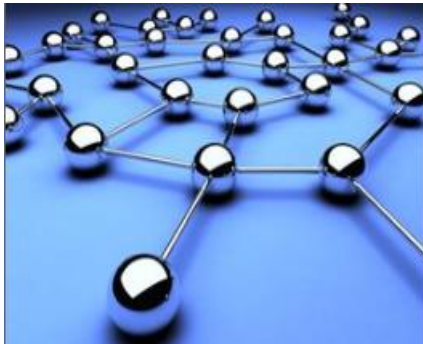


Weitere Informationen unter www.ikz.imkreisgg.de !

B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

1. Beispiel:

E-Government



E-Government = zentrales kommunales Zukunftsthema:

- **optimaler Service** für Bürger und Unternehmen => **Standortfaktor**
- **effiziente Verwaltungsverfahren** => höhere **Wirtschaftlichkeit**
- **zeitgemäße Arbeitsplätze** => Ermöglichung **flexibler Arbeitsformen**
- **Optimierung des Wissensmanagements** durch digitale Datenverarbeitung und -archivierung

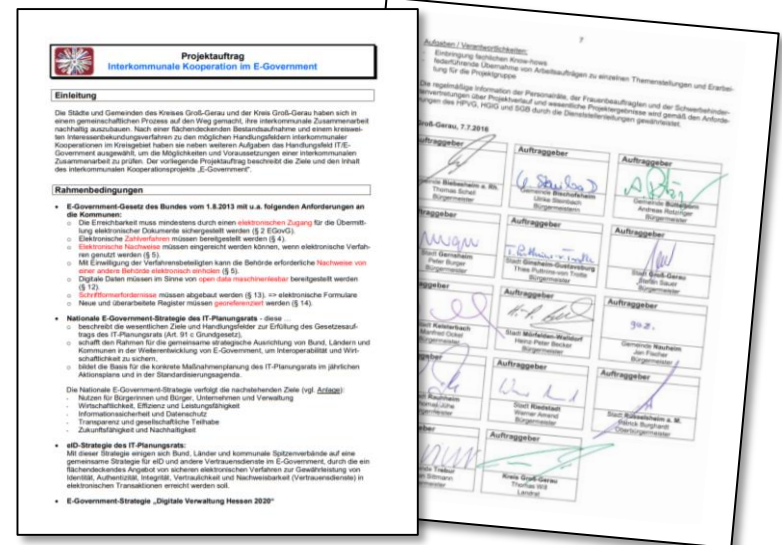
Ausgangssituation:

Kreiskommunen ohne E-Government-Strategie

(„fehlende Zeit“, „fehlende Ressourcen“, „fehlendes Know-how“)

=> **2016 – 2018** interkommunales Projekt
„E-Government“

Teilnehmer: 14 von 15 Kreiskommunen



B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

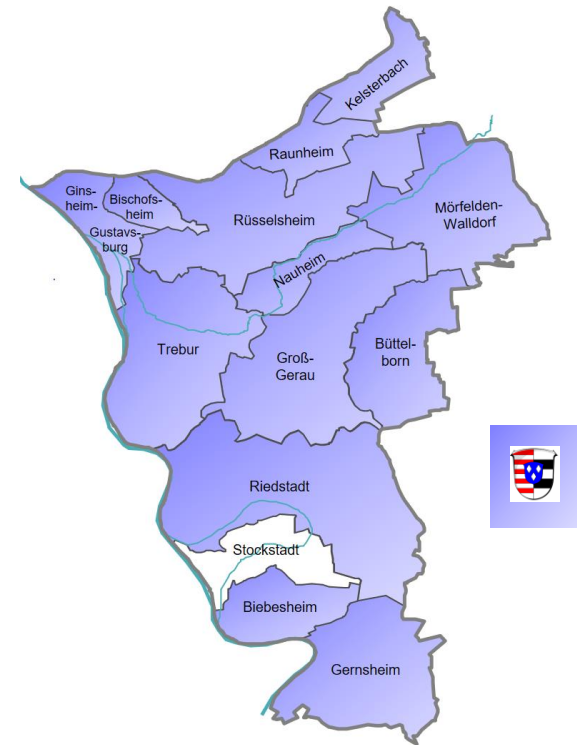
1. Beispiel: E-Government

Projektziel:

- **Kreiskommunen in den Stand versetzen,**
 - **Verständnis zu gewinnen** für bestehende rechtliche Anforderungen und den individuellen Nutzen von E-Government für Verwaltung und Kunden,
 - ihre **örtlichen Handlungsbedarfe zu identifizieren,**
 - die sich daraus für sie ergebenden **Handlungsschritte abzuleiten**
- **Informationen und Arbeitshilfen** zur Verfügung stellen, mit denen die Kommunen für sich vor Ort – allein oder gemeinsam mit anderen Kommunen – **ihre örtliche E-Government-Strategie entwickeln können**



= **Werkzeugkasten schaffen für Hilfe zur Selbsthilfe !**

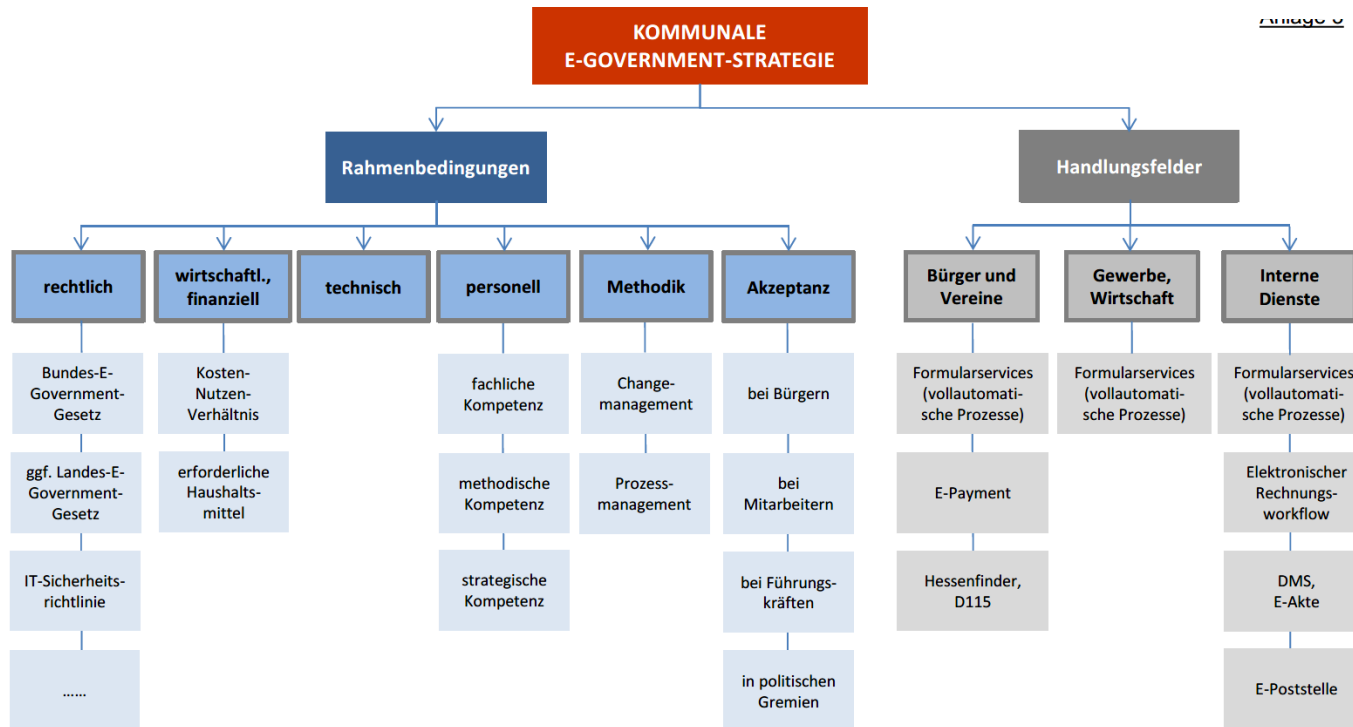


B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

1. Beispiel: E-Government

Projektergebnisse (Beispiel):

Eckpunkte eines Modell-Konzepts „Kommunale E-Government-Strategie“



B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

1. Beispiel: E-Government

Projektergebnisse (Beispiel):

Ablaufplan für eine sinnvolle Vorgehensweise zur Erarbeitung einer kommunalen E-Government-Strategie

| | Was ist zu tun ? | Wer ? | Wie ? |
|---|--|--|---|
| 1 | <p>Klärung des grundsätzlichen Verständnisses und der Zielsetzung von E-Government</p> <p>a) Begriffsdefinition „E-Government“ vornehmen und Ziele definieren (Kundenorientierung, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns)</p> <p>b) Haltung/„Philosophie“ bzgl. kontinuierlicher Beteiligung der Facheinheiten und Beschäftigten sowie zur Transparenz des Prozesses vermitteln, Benennung fixe/r Ansprechpartner/in für Beschäftigte während des gesamten Prozesses für Hinweise und Anregungen der Beschäftigten</p> <p>c) Nutzergruppen (Verwaltung, Gerichte, Unternehmen, Bürger) darstellen</p> <p>d) beispielhaft mögliche Wirkungen auf seitherige Arbeitsabläufe illustrieren (z.B. Möglichkeit der Online-Terminvergabe, digitaler Rechnungs-Workflow, digitale Archivierung statt Papierakte, elektronische Postversendung und -verteilung, ...)</p> <p>e) Abhängigkeiten und Wechselwirkungen darstellen (z.B. Einsparung von Archivraum, jedoch höhere Kosten für Datensicherung und Erfordernis neuer Sicherungskonzepte, keine Aktenschränke mehr, jedoch mehr Technik auf dem Schreibtisch, ggf. zwei Monitore, Scanner usw.)</p> <p>f) Einstufung als „Chefsache“, d.h. Zuständigkeit der Verwaltungsspitze für Vermittlung der Bedeutung des Themas E-Government für das gesamte Haus</p> <p>g) große „Linie“ per „Ordre de Mufti“ vorgeben, im Detail jedoch Mitarbeiter/innen mögliche Spielräume belassen und mit ihnen gemeinsam über definierte Zeiträume hinweg gestalten („E-Government ist kein Projekt, sondern ein Prozess!“)</p> <p>h) Festlegung der Umsetzungsstrategie (zunächst Aufbau interner Infrastruktur vs. pragmatischer Projektstart mit „überschaubarem“ Projekt mit Außenwirkung in das Haus hinein und ggü. Kunden ?)</p> | <p>Dienststellenleitung, oberste Leitungsebene, Leitung Organisation, Leitung IT</p> | <p>Führungskräfterunde (Kickoff-Veranstaltung, Workshop o.ä.), um gemeinsames Grundverständnis herzustellen und die Ziele abzustimmen</p> |

Auszug

B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

1. Beispiel:

E-Government

Projektergebnisse (Beispiel):

2018

2019

2020 ff.

3.2 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

**Nach Abschluss des Grundlagenprojekts „E-Government“
Fortsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit !**

- Kooperation in kreisweit gemeinsam organisierten Umsetzungsprojekten



- Organisierter Know-how-Transfer

- Regelmäßiger Informationsaustausch



**Start von IKZ-Projekten zur
Verwaltungsdigitalisierung,
z.B.**

- Einführung E-Rechnung + elektronischer Rechnungsworkflow
- Einführung der e-Akte / DMS

**Bildung der „E-Government-
Stammgruppe“**

- je 1 – 2 Vertreter/innen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen + Kreisverwaltung
- regelmäßige Treffen (3 – 4 x jährlich)

B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

1. Beispiel:

E-Government

Aufgaben der „E-Government-Stammgruppe“



- **Informationsaustausch über Bearbeitungsstände aller Digitalisierungsprojekte**, um einen einheitlichen Info-Stand zwischen den Kommunen zu gewährleisten
- Entwicklung von **Empfehlungen für Themen/Prioritäten neuer Umsetzungsprojekte**
- **Austausch von Informationen aus externen Gremien** (z.B. Arbeitskreis IT/E-Government der kommunalen Spitzenverbände)
- Gemeinsame **Organisation von Fortbildungen** (z.B. Prozessmodellierung)
- **Gemeinsame Bearbeitung aktueller Aufgabenstellungen der Digitalisierung**

Digitale Transformation Digitale Infrastruktur Civento OZG Digitale Bildung Smart City
Datensicherheit Digitalisierungsberatung Dashboard Digitale Verwaltung Servicekonto Hessen

B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

2. Beispiel: Einführung eRechnung + Rechnungsworkflow



Pflicht der Kommunen, Rechnungen elektronisch zu empfangen und digital weiterzuverarbeiten (EU-RL 2014/55/EU, E-Government-Gesetze von Bund und Land Hessen, E-Rech-VO)

=> 2018 - 2020 interkommunales Projekt zur Einführung der eRechnung und – in Zusammenhang hiermit - des elektronischen Rechnungsworkflows

Projektziel:

- **Kommunen in den Stand versetzen, Empfang von eRechnungen + eRechnungsworkflow vor Ort einzuführen – hierfür ...**
- **Informationen, Arbeitshilfen und praktische Unterstützung** zur Verfügung stellen, um vor Ort die erforderlichen Schritte initiieren und vollziehen zu können

Teilnehmer: 13 von 15 Kreiskommunen

Projektauftrag
Interkommunale Kooperation
Einführung elektronischer Rechnungsworkflow /
Elektronische Rechnung (E-Rechnung)

Einleitung

Die Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich in einem gemeinschaftlichen Prozess auf den Weg gemacht. Ihre interkommunale Zusammenarbeit nachhaltig auszubauen. Nach einer rächendeckenden Bestandsaufnahme und einem intensiven Interessensbefragungsvorgehen zu den möglichen Handlungsfeldern interkommunaler Kooperation im Kreisgebiet haben sie neben weiteren Aufgaben das Handlungsfeld E-Government ausgewählt, um die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer interkommunalen Zusammenarbeit zu prüfen. Auf Basis der vorgelegten Projektergebnisse folgen nun gemeinsame Umsetzungsprojekte für konkrete E-Government-Maßnahmen. Der vorliegende Projektbrief beschreibt die Ziele und den Inhalt des interkommunalen Kooperationsprojekts „Einführung eines elektronischen Rechnungsworkflows / Elektronische Rechnung (E-Rechnung)“.

Rahmenbedingungen

- EU-RL 2014/55/EU (verpflichtet u.a. die Kommunen, E-Rechnungen zu empfangen und digital weiterzuverarbeiten)
- E-Government-Gesetz des Bundes (§ 4a) als Verordnungsermächtigung zur nationalen Umsetzung
- E-Government-Gesetz des Landes Hessen (HEGovG)
Einführung des Landesgesetzes liegt vor. Durch das HEGovG wird die E-Rechnung in Hessen verbindlich vorgeschrieben.
Umsetzungstermin bis 18.02.2020
Einzelheiten werden in einer noch zu erstellenden Rechtsverordnung geregelt.
- E-Rechnungs-Verordnung (E-Rech-VO vom 4.4.2017) verpflichtet die Kommunen als sub-zentrale Auftraggeber ab dem 27.11.2019, E-Rechnungen zu empfangen und digital weiterzuverarbeiten.
 - Verbindlichkeit der elektronischen Form für Rechnungen wird vorgeschrieben.
 - Das XRechnungs-Format oder ein entsprechendes Format ist verpflichtend (z. B.).
 - Papier oder PDF-Rechnungen sind bei einem Rechnungsbetrag > 1.000 EUR nicht mehr ausreißend.
 - Ab dem 27.11.2020 dürfen Kommunen Rechnungen > 1.000 EUR nur noch im elektronischen Format empfangen.

Projektziele

Die projektbeteiligten Kommunen sollen durch das Projekt in den Stand versetzt werden, den Empfang von elektronischen Rechnungen sowie einen elektronischen Rechnungsworkflow in ihrer Verwaltung und Eigenbetrieben / Beteiligungen einzuführen und die o.g. gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen.

Hierfür sollen sie kurzfristige Informationen, Arbeitshilfen und – soweit Bedarf – praktische Unterstützung erhalten, um vor Ort die erforderlichen Schritte initiieren und vollziehen zu können. Die Projektziele im Einzelnen sind:

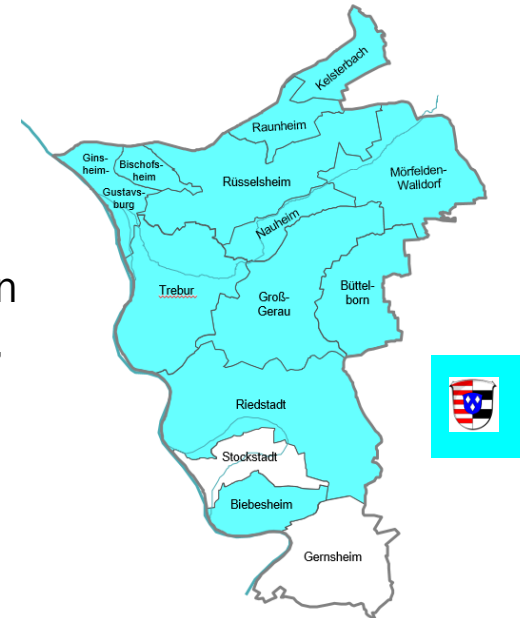
B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

2. Beispiel: Einführung eRechnung + Rechnungsworkflow

Projektergebnisse:

Entwicklung eines einheitlichen Vorgehensmodells, das anschließend in den Rathäusern und im Kreishaus in örtlichen Projektgruppen umgesetzt wurde:

- ➔ **Ist-Analyse:** u.a. Analyse des Rechnungsaufkommens in den Fachämtern, Erfassung der rechnungsbezogenen Prozesse, Aufnahme der technischen Infrastruktur
- ➔ **Soll-Konzeption:** u.a. Standardisierung der Rechnungsprozesse, Eckpunkte für Beschaffung von Hardware (z.B. Scanner) und Software, Abstimmung mit Revisionsämtern (Kreis, Stadt Rüsselsheim)



Umsetzung in den Kommunen in 3 „Geleitzügen“ (zeitlich versetzt) in 2019 und 2020, begleitet durch regelmäßigen strukturierten Informationsaustausch unter dem „Dach“ des IKZ-Projekts, gemeinsame Schulungen zu günstigen Kosten => wechselseitiges Lernen von Erfahrungen, gegenseitige Stärkung bei Herausforderungen der Einführung

B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

3. Beispiel: Einführung e-Akte / DMS



Die Einführung der e-Akte ist u.a. Voraussetzung für

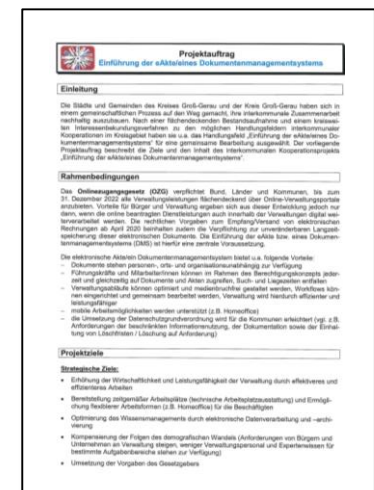
- eine **medienbruchfreie Weiterverarbeitung** online beantragter Dienstleistungen,
- die **effiziente Gestaltung verwaltungsinterner Prozesse** (Einrichtung von Workflows),
- **mobiles Arbeiten.**

=> 2020 - 2022 interkommunales Projekt „Einführung e-Akte/Dokumentenmanagementsystem“

Projektziel:

- **Kommunen in den Stand versetzen, die e-Akte / ein DMS vor Ort einzuführen** - hierzu ...
- **Informationen und Arbeitshilfen** zur Verfügung stellen, um vor Ort die erforderlichen Schritte initiieren und vollziehen zu können

Teilnehmer: 14 von 15 Kreiskommunen



B) IKZ-Projekte im Aufgabenfeld „Digitalisierung“

3. Beispiel: Einführung e-Akte / DMS

Projektergebnisse u.a.:

Klärung der Voraussetzungen für die Einführung der e-Akte / eines DMS

(organisatorisch, finanziell, technisch, personell, verwaltungskulturell)

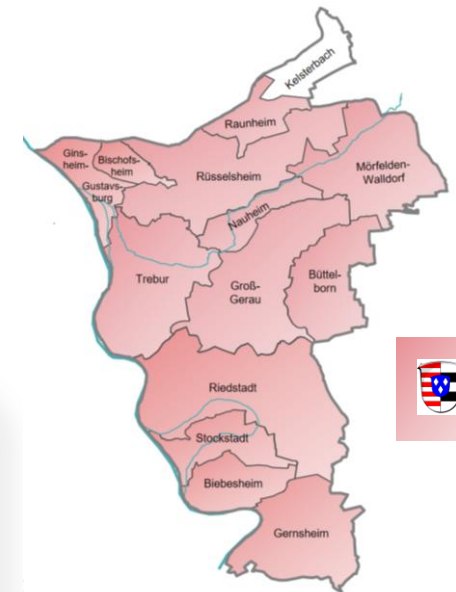
Auswertung von Best-Practice-Beispielen

Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten bei Einführung der e-Akte/eines DMS

Klärung der Möglichkeit der Fördermittelakquise

Erarbeitung von Bausteinen („Blaupausen“) zur Unterstützung der Kommunen bei der e-Akten-/DMS-Einführung, z.B.

- **Ablaufplan** für sinnvolle Vorgehensweise
- **Empfehlung zur verwaltungsinternen Rollenverteilung** (Orga-Projekt, kein IT-Projekt! - Zusammenarbeit mit IT und Fachbereichen, Führungsaufgabe, etc.)
- **Mustermaterialien** für die Anwendung vor Ort, z.B.:
 - Muster-Projektauftrag
 - Empfehlungen für die Ablagestruktur (Aktenplan)
 - Pflichtenheft Softwarebeschaffung
 - Dienstanweisung



Projektabschluss:
Sommer
2022

C) Ausblick

Die Bewegung geht weiter ...



Einstellung von
Digitalisierungs-
beauftragten

Ausbildung von
Prozessdesignern

Inanspruchnahme der
Digitalisierungsberatung

Benennung von
Digitalisierungs-Lotsen
in den Fachämtern/
Fachbereichen

Prozessanalyse zur
OZG-Umsetzung

neue IKZ-Projekte



2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 **2022** **2023** **2024**



**VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!**

Für Rückfragen steht Ihnen
gerne zur Verfügung:

Marion Götz

**IKZ-Lenkungsgruppe im
Kreis Groß-Gerau**

www.ikz.imkreisgg.de

c/o Stadt Raunheim

m.goetz@raunheim.de

Tel. 06142 / 402-216